

**Protokoll
über die 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 22.02.2007**

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:45 Uhr

Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 6.046 (Aufzug D)

Anwesenheit

Vorsitzender

Sembritzki, Erika Fraktion Die Linkspartei.PDS

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU-Fraktion und Liberale

ordentliche Mitglieder

Bemmann, Annegret	SPD-Fraktion	bis zum TOP 5.3
Brill, Anna	Fraktion Die Linkspartei.PDS	
Woywode, Robert	CDU-Fraktion und Liberale	

stellvertretende Mitglieder

Berger, Sabine	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN	
Hubert, Rudolf	
Leppin, Patricia	Fraktion Unabhängige Bürger
Marksteiner, Klaus	Fraktion Die Linkspartei.PDS
Meslien, Daniel	SPD-Fraktion
Schulz, Andreas	Fraktion Die Linkspartei.PDS

beratende Mitglieder

Baumotte, Peter
Pawlitzok, Heinz

Verwaltung

Block, Steffen
Joachim, Martina
Junghans, Hermann
Rehhagen, Gunar
Selke, Achim

Leitung: Erika Sembritzki

Schriftführer: Annika Winter

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 37. Sitzung vom 11.01.2007
3. Mitteilungen der Verwaltung
- 3.1. Bestandsaufnahme und Überlegungen zur Kostendämpfung im Bereich der überörtlichen Sozialhilfe, gleichzeitig Sozialbericht 2006/2007
- 3.2. Reflexionen zur Aktuellen Stunde in der Sitzung der Stadtvertretung am 29. Januar 2007 zum Thema Kommunale Verantwortung für Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II in Schwerin
4. Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II
5. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)
- 5.1. Parkbänke mit Notrufnummern
Vorlage: 01381/2006
- 5.2. Keine Teil- oder Vollprivatisierung der WGS mbH
Vorlage: 01425/2006
- 5.3. Studie zur Kinderarmut in der Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 01350/2006
6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Sembritzki, eröffnet die 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen, begrüßt die Ausschussmitglieder, sowie die Vertreter der Verwaltung und die Gäste. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Zur Tagesordnung bittet Frau Bemmann, den Tagesordnungspunkt 5.1 vorzuziehen. Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, den gesamten TOP 5 im Anschluss an den TOP 2 zu behandeln.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder stimmen der veränderten Tagesordnung einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 37. Sitzung vom 11.01.2007**

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 3 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 3.1 **Bestandsaufnahme und Überlegungen zur Kostendämpfung im Bereich der überörtlichen Sozialhilfe, gleichzeitig Sozialbericht 2006/2007**

Bemerkungen:

Die Entwurfsfassung des Berichtes wird dem Ausschuss als Zwischenstand zusammen mit der „Liste offener Punkte“ vorgelegt. Die Ausschussmitglieder werden gebeten, ihre Anregungen bis zum 22. März 2007 schriftlich einzureichen. In der Ausschusssitzung im Mai wird eine Diskussion des Berichtes erfolgen.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Information zur Kenntnis.

zu 3.2 Reflexionen zur Aktuellen Stunde in der Sitzung der Stadtvertretung am 29. Januar 2007 zum Thema Kommunale Verantwortung für Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II in Schwerin

Bemerkungen:

Ein Gedankenaustausch erfolgt. Frau Sembritzki erläutert, dass die Thematik am 28. Februar 2007 im Beirat der Arbeitsgemeinschaft beraten wird.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Information zur Kenntnis.

zu 4 Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II

Bemerkungen:

1. Initiative: Arbeit für Schwerin

Herr Junghans trägt vor, dass die Landeshauptstadt Schwerin in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Schwerin, der Arbeitsagentur Schwerin und den Kammern und Verbänden eine Initiative zum Abbau der Arbeitslosigkeit in Schwerin ins Leben gerufen habe. Das Projekt, welches sich hauptsächlich den Zielgruppen der Jugendlichen, Langzeitarbeitslosen und schwerbehinderten Menschen widmet, starte im März 2007.

2. Die neue Rolle der BA

Die Verwaltung führt aus, dass die Bundesagentur neuerdings die Rechtsauffassung vertritt, sie könne die Beschlüsse der Trägerversammlung aushebeln. Die Bundesagentur hat deutlich gemacht, dass sie den Geschäftsführern der Arbeitsgemeinschaften im Bereich der Arbeitsmarktpolitik anderslautende Weisungen erteilen wird, wenn sie dies für notwendig hält. Wie die Landeshauptstadt Schwerin hiermit umgehen werde, ist derzeit noch nicht eindeutig geklärt.

3. Richtlinie zur Bestimmung von Leistungen für Unterkunft und Heizung

Die Verwaltung berichtet, dass sich die Richtlinie derzeit in der verwaltungsinternen Abstimmung befinde.

4. Hospiz

Die Verwaltung berichtet, dass ein Träger für die Einrichtung eines stationären Hospizes gewonnen werden konnte.

5. Vergabe Fördermittel

Die Verwaltung berichtet, dass die Haushaltssatzung 2007 durch das Innenministerium derzeit nicht genehmigt werde, da weitere Unterlagen nachgereicht werden müssen.

Die Verwaltung erklärt, dass im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung nur an drei Träger der freien Wohlfahrtsverbände – Seniorenbeirat, Behindertenbeirat und Ehrenamtsbörse der KISS - keine Fördermittel ausgereicht werden konnten.

In diesem Zusammenhang weist die Verwaltung darauf hin, dass die AG Fördermittel am 16. März 2007 tagen wird.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu 5 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

**zu 5.1 Parkbänke mit Notrufnummern
Vorlage: 01381/2006**

Bemerkungen:

Die Vertreterin der SPD-Fraktion, Frau Bemann, erläutert den Antrag, welcher bereits am 14. Dezember 2006 im Ausschuss beraten wurde, jedoch nicht beschlossen werden konnte, da weitere Analysen notwendig waren. Herr Rehhagen, Mitarbeiter des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, führt aus, dass eine Ortung kranker und verletzter Menschen schnell und unkompliziert mittels des benutzten Mobiltelefons erfolgen könne. Dieses Verfahren sei kostenfrei und dauert lediglich 20 – 30 Sekunden. Die Zustimmung zur Lokalisierung gilt bei dem Verdacht einer Notlage als erteilt. Bei dem umrissenen Personenkreis handele es sich um 25 % aller Notrufe. 75 % der Notrufe kämen aus dem häuslichen Bereich. Fehleinsätze gäbe es bisher nicht. Auf die Nachfrage, ob größeres Fehlerpotenzial bei der Ortung des Mobiltelefons oder der sprachlichen Eingabe besteht, erläutert Herr Rehhagen, dass größeres Fehlerpotenzial bei der sprachlichen Eingabe läge.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	1

**zu 5.2 Keine Teil- oder Vollprivatisierung der WGS mbH
Vorlage: 01425/2006**

Bemerkungen:

Der Tagesordnungspunkt 5.2 „Keine Teil- oder Vollprivatisierung der WGS mbH“, ein Antrag der Fraktion Die Linkspartei.PDS, wird zurückgestellt. Frau Sembritzki, als Vertreterin der Fraktion Die Linkspartei.PDS, erklärt, dass am 26. Februar 2007 in der Stadtvertretung ein Berichtsantrag hierzu beraten wird. Diese Ergebnisse sollen abgewartet werden. Dem Ausschuss würde zu gegebener Zeit ein modifizierter Antrag vorgelegt werden.

**zu 5.3 Studie zur Kinderarmut in der Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 01350/2006**

Bemerkungen:

Frau Sembritzki, als Vertreterin der Fraktion Die Linkspartei.PDS, erläutert den Antrag. Die SeniorTrainerinnen, Frau Dechau und Frau Bohlmann, erläutern die Konzeption „Kindsein in Schwerin“, einschließlich des Fragebogens. Dabei würde es sich nicht um eine wissenschaftliche Studie handeln, sondern um eine Erhebung zur Situation von Kindern. Frau Sembritzki erläutert, dass diese kleinräumige Sozialanalyse hauptsächlich als Entscheidungsgrundlage für die Arbeit der Stadtvertretung genutzt werden soll.

Einige Ausschussmitglieder weisen darauf hin, dass sich die Auswertung von offenen Fragen als schwierig gestalten könnte. Darüber hinaus, solle die Zielsetzung in der Einleitung überdacht werden. Zusätzlich könnten folgende Fragen in den Fragebogen aufgenommen werden:

- Was isst Ihr Kind zum Frühstück?
- Welche Fragen vermissen Sie?
- Was macht Ihr Kind am Computer?
- Welche Fernsehsendungen schaut es?

Frau Berger weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag des Antrages nicht korrekt ist, da die zu erarbeitende Erhebung bereits an eine Projektgruppe vergeben worden ist.

Der Beschlussvorschlag wird folgendermaßen modifiziert:

„Die Stadtvertretung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, eine Erhebung zum Ausmaß von Kinderarmut in der LH Schwerin in Zusammenarbeit mit einer Projektgruppe zu erarbeiten. Mit der Projektgruppe ist eine Zielvereinbarung über Umfang, Zeitraum sowie eine organisatorische und finanzielle Unterstützung abzuschließen. Ein erster Entwurf konzeptioneller Überlegungen liegt bereits vor.“

Beschluss:

Dem modifiziertem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

zu 6 Sonstiges

Bemerkungen:

Die Verwaltung schlägt vor, den Sitzungstermin am 8. März 2007 auf den 22. März 2007 zu verschieben.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder stimmen dem einstimmig zu.

gez. Erika Sembritzki

Vorsitzende/r

gez. Annika Winter

Protokollführer